

Bezugspreis

Die Halle hierzulande 2.50 M., bei
jährlicher Bestellung 2.75 M., durch
die Post 3 M., zweimonatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., auch als Belegblatt.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Berg.

Für die Redaktion verantwortlich
Dr. Ernst Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Saale-Beitung.

Dreizehnteljährlicher Jahrgang.

Nr. 110.

Halle a. d. Saale, Montag den 6. März

1899.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 5. März. Das Kaiserpaar ist wieder hier eingetroffen.
Die Nachricht, daß Herr v. Lucanus sich bald aus dem Staatsdienst zurückziehen wolle, erhält sich mit Bestimmtheit. Als sein unmittelbarer Nachfolger wird der Zgl. Adm. von gut unterrichteter Seite Regierungspräsident von Wolke in Lippeln genannt.

Die Vollenziehung der deutschen Militärstrafprozeßordnung.

Nachdem der Reichstag, ohne viel Worte zu verlieren, dem Geheime Rat Herr v. Lucanus einen besonderen Senat für das kaiserliche Heer beim Reichsmilitärgericht in Berlin in erster und zweiter Beratung seine Zustimmung erteilt hat, und das Ergebnis der 3. Beratung seinen Zweifel unterliegt, ist die seit dreißig Jahren von den liberalen Parteien befürwortete Reform der Militärstrafprozeßordnung zum vollen Abschluß gekommen. Das Gesetz vom 1. Dezember 1898 hatte die Regelung der Stellung Bayerns in der obersten militärischen Instanz einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten. Die damals bestehenden Meinungsverschiedenheiten dreht sich um die Frage, ob neben dem obersten Militärgericht in Berlin ein besonderes Obergericht für Bayern angeordnet werden solle, oder ob der Militärstraf Senat als Teil des obersten Militärgerichts in Berlin beibehalten werden könne. Preussischerseits war dieser Antrag für den allein richtigen erklärt worden. In den Verhandlungen, die in dieser Richtung zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten von Bayern stattfanden, hat man bayrischerseits diesen Vermittlungsversuch angenommen und damit auch die Auffassung, daß Bayern einen Sonderanspruch (Reverenzrecht) gegenüber der Reichsregierung auf diesen Gebiete habe, preisgegeben. Als Gegenleistung für die Erklärung anzunehmen, mit der der Reichstag die Beratung dieses Gesetzes im Reichstage einleitete und die dahin geht, daß eine Abänderung des Gesetzes nur auf Grund neuer Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Träger der kaiserlichen Krone erfolgen könne; mit anderen Worten, daß ein künftiger Reichstag nicht das Recht habe, den besonderen Senat des obersten Militärgerichts ohne Zustimmung Bayerns zu beseitigen. Die vollenziehende Regelung der Angelegenheit, wie sie nunmehr erfolgt ist, entspricht auch der Bestimmung der Reichsverfassung, daß die Reichsregierung den Landesregierungen vorgeht. Es bedarf also der Zustimmung der bayrischen Landesvertretung nicht mehr. Sowohl der kaiserliche Bundesratsbevollmächtigte Graf Perschke als auch v. Hertling haben im Reichstage die Zustimmung vertreten, daß durch das auf Vertrag beruhende Gesetz den berechtigten Wünschen Bayerns genügt sei. Die übrigen Mitglieder des bayrischen Centrums haben vorläufig nach dem Vorgange des Abg. Schödel der Vorlage ihre Zustimmung verweigert. Dem bayrischen Landtag wird aber schließlich nichts übrig bleiben, als ja zu sagen zu einer Vereinbarung, die der Prinzregent von Bayern getroffen hat.

Es bleibt jetzt nur noch übrig, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die neue deutsche Militärstrafprozeßordnung in Kraft treten soll. Das Zustandekommen dieser Reform ist nicht zum wenigsten ein Verdienst des Reichstages für den Reichstag. Darüber, daß der Geheime Rat nicht allen Forderungen des von Bayern her kommenden Widerstandes nachzugeben gewillt war, hat sich die Mehrheit des Reichstages hinwegsetzen müssen; in der Hauptsache aber ist sowohl die Würdigung und Deckschätzung des Verhältnisses als die Ständigkeit der Militärgerichte gesichert.

Die Nationalliberalen und die Weistümer.

Die reaktionären Medien der nationalliberalen Abgeordneten Dr. Baasche und Graf v. Trola in der Freitagssitzung des Reichstages haben selbst in der eigenen Partei großes Aufsehen und teilweise heftigsten Widerspruch hervorgerufen. Dem Centrum und bei den Konserverativen haben freilich diese Medien das einleuchtendste Echo gefunden, wurden sie doch sogar von Herrn Stöcker als „herzerfreudig“ begrüßt und spricht doch bereits die „Krauzig“, die Hoffnung aus, daß Abg. Baasche die ganze Partei hinter sich habe. Dem gegenüber ist es erregend, daß eines der hervorragendsten nationalliberalen Blätter, die „Nat.-Ztg.“ in einem Leitartikel über Religion und Politik diesen reaktionären Entwürfen innerhalb der Partei mit kräftigen Worten entgegentritt. Das Blatt schreibt u. a.:

„Über der Religionsunterricht in der Schule noch die freie Willkür der Kirchen innerhalb ihres, des kirchlichen Gebietes war oder ist bedenklich. Was wirklich davon ist, die äußere Verkörperung der Kirche durch die letzten wieder angelegte Schmälerung der Unterrichtszeit, ihre innere Verkümmern nach den Vorschlägen des Zölligsten Gesetzgebens und nach den Idealen des Ministers v. Sammerstein. Was wirklich droht, ist die wachsende Verkümmern der kirchlichen Herrschaft auf Tätigkeitsgebieten des Staates; was wirklich droht, wenn die Verkümmern der Kirche größer, Graf v. Trola, Stöcker noch einflussreicher werden, als sie es schon sind, ist die Verkümmern der Unterordnung. Es ist ein Wandel an Angelegenheiten, wenn die von der Seite der Herren Baasche und Grafen v. Trola her die Gefahr Hilfe bei den Herren Gröber, Graf v. Trola und Stöcker suchen, das diese sich fürchtend vor dem Tode des Lebens nehmen.“

Der Ernst der Lage ist damit treffend gekennzeichnet. Ob aber die Stimme des Berliner Blattes kräftig genug sein wird, um die Nationalliberalen unserer Parlamente von der leitenden Reaktion drohenden weiteren Unkümmerung zurückzuführen?

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre glauben wir nicht mehr hieran. Der jetzt im Abgeordnetenhaus leitenden der Konserverativen eingebrachte Antrag auf Regelung der Schulunterhaltungspflicht wird ein Bräutigam dafür sein, wie sich die nationalliberale Partei aus dieser Klemme herausziehen wird.

Die Neuregelung des Kommunalwahlrechts.

Die Angriffe der „Nat.-Ztg.“ auf den Entwurf betr. die Neuregelung des Kommunalwahlrechts sind Herrn v. Miquel schließlich unbenommen. In den ihm nachfolgenden „V. Pol. M.“ läßt er heute u. a. vernehmen:

In der Sache handelt es sich einfach um die Erfüllung einer Ehrenpflicht. Von der Staatsregierung ist bei Durchführung der Steuerreform die Forderung erfolgt, nützlichstenfalls Vorschläge gegen eine Plutokratie Veränderung des Wahlrechts durch die Reform zu treffen. Bei den seit dem 1. April 1895 vorgenommenen zahlreichen Kommunalwahlen hat sich zweifellos herausgestellt, daß dort, wo die Wahlen nach dem Zensusprinzip stattfanden, eine erhebliche Verkümmern des Wahlrechts zu Gunsten der reicheren Minderheiten und zu Ungunsten des Mittelstandes und der breiten Schichten der Bevölkerung stattgefunden hat. Der Zeitpunkt, jene Forderung einzulösen, ist daher gekommen, und die Staatsregierung will und darf nicht zögern, mit Vorschlägen für die auch von der großen Mehrheit der Landesvertretung als notwendig angesehene Reform des Wahlrechts nach der Zweckbestimmung der Reform durch angenommen werden, daß deren Ziel die Wiederherstellung der vor 1892 vorhandenen Verteilung der Wahlberechtigung im großen und ganzen sein wird. Bei der großen Wichtigkeit der Verhältnisse muß aber auch das Kommunalwahlrecht gegenüber allgemeiner Naturgemäß in einzelnen Fällen veränderten werden, und es wird nun auch bei der in Aussicht genommenen Reform des Kommunalwahlrechts mit manchen Veränderten in einzelnen Punkten rechnen müssen. Das liegt aber eben in der Natur der Sache. liegt daher an sich kein Anlaß zu Vorwürfen wegen der geplanten Veränderung des Kommunalwahlrechts vor, so erscheint es noch weniger gerechtfertigt, diese Vorwürfe an die Adresse eines Ministers zu richten, welcher, wenn er naturgemäß für die Vorlage die Verantwortung trägt, doch nicht in erster Linie dafür verantwortlich und der auch schließlich der Urheber der jetzt der Königl. Genehmigung vorliegenden Vorschläge ist.

Daher untergeordnetes Kommunalwahlrecht unbillig ist, unterliegt keinem Zweifel, zumal seitlich sich durch die Miquel'sche Steuerreform die Verhältnisse gegen früher sehr verändert haben. Die Mängel des jetzigen Wahlrechts sind so offensichtlich, daß darüber keines Streites mehr bedarf; ob der Entwurf des Herrn v. Miquel, über den weiter die „Nat.-Ztg.“ noch die „V. Pol. M.“ bisher genaue Einzelheiten gebracht haben, eine wirksame Abhilfe bringt, kann natürlich erst dann entschieden werden, sobald der Entwurf in seinem Wortlaut vorliegt. Untergeordnet ist an der obigen Auffassung für uns besonders der Schluss, wonach der Finanzminister „nicht in erster Linie“ für diese Vorlage verantwortlich gemacht werden und auch „schwerlich der Urheber“ derselben sein will. Auf die ultramontane „Nat.-Ztg.“ kommt auf die Angriffe der „Nat.-Ztg.“ zu sprechen, indem sie in sehr respektuösem Tone schreibt:

Das Centrum habe den früheren Steuerreformgeboten nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß dadurch die eintretenden nachteiligen Veränderungen ausgeglichen würden. Demnach sei die Forderung in ihrem guten Glauben gestützt worden. Dieser Vorgang könne sich nicht wiederholen, ohne daß die Centrumsführung weittragende Konsequenzen für das innerpolitische Leben ziehen würde, weil es sich um eine Ehrenfrage für die Partei handle. Sollte die Staatsregierung mit der liberalen Wille das Centrum brüskieren, so sei der Angelegenheit entgegen, wo die Centrumspartei sich rücksichtslos und mit Entschiedenheit betätigen würde. Die „Nat.-Ztg.“ braucht sich nicht so sehr zu jagen: Katholisch ist Trümpf und die Regierung braucht das Centrum, sie wird es also auch nicht brüskieren!

Ein trauriges Schicksal!

Ein Antrag auf Erlass eines Vollschulgesezes wird von der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses eingebracht. Derselbe beschloß, eine Resolution einzubringen, die zwar in erster Linie eine gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht fordert, daneben aber auch verlangt, daß der betreffende Gegenstand zugleich den konfessionellen Charakter der Volksschule, sowie die Rechte der Eltern und der Gemeinden aufrecht erhält und sichert. Die Resolution lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, während in der nächsten Session des Landtages einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher zur Verwirklichung der bestehenden Sätze die nötigen Verhältnisse der Volksschule, insbesondere deren Unterhaltungspflicht in gerechter Weise regelt, aber zugleich den konfessionellen Charakter der Volksschule, sowie die Rechte der Eltern und Gemeinden aufrecht erhält und sichert.

Daneben ist bekanntlich von der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses (Abg. Meinde und Genossen) bereits ein Antrag eingebracht worden, der lediglich die Neuregelung der Schulunterhaltungspflicht verlangt.

Parlamente und Kommissionen.

Über die Kommissionsberatungen und den ungewöhnlichen Umfang, den dieselben zum Nachteil der Plenarberatungen angenommen haben, entnehmen wir der „Krauzig“ eine Betrachtung, mit der wir vollständig übereinstimmen:

In der Budgetkommission wird schon im voraus alles und jedes erörtert, was sich gegenwärtig schon im Vorstadium über die politische, die auswärtige, die koloniale Lage — das alles erfolgt heute in den Kommissionsberatungen, und lange Beratungen — die früher auch nicht üblich waren — tragen alle die

Neben und Gegenreden ins Land hinaus. Schon ist in einzelnen Fällen in Kommissionen eine erste und zweite Sitzung eingerichtet worden, meist, um „entre les deux repas“ eine Einigung herbeizuführen, oder, wie manche Leute plebejisch auch, „Kuhhandel“ zu treiben. Meistlich kommt es noch dazu, daß man eine dritte Sitzung einberuft, damit die Kommissionen, die sich anheulend als freie Parlamenten vernehmen lassen, noch länger beisammen bleiben können. Im Plenum langweilt man sich unterdessen, und wenn nachher die eine, zwei oder dreimal „gelesenen“ Vorlagen aus der Kommission herauskommen und zur zweiten Sitzung im Plenum gelangen, so sieht alle Welt, daß die Kommissionsmitglieder schon alle Notizen aus dem Archiv genommen haben, und daß die Fraktionsredner beim besten Willen nichts oder nicht viel Neues mehr sagen können. Auch das Auftreten der Regierungsvertreter wird durch die viel zu angeordneten Kommissionsverhandlungen beeinträchtigt; denn auch von ihnen wissen aufmerksame Zeitungsleser bereits, was sie zu sagen haben werden. So verläuft, durch die Schuld der Kommissionsarbeit selber, das Interesse an der Reichstagsberatungen immer mehr und — was für die ganze Bevölkerung am übelsten ist: die Erledigung der parlamentarischen Aufgaben wird verzögert, die ganze Geheißgeschwindigkeit gelähmt.

Der Fall Schell.

Am Sonnabend gab der würzburg. Prof. Dr. Schell im Kolleg eine Erklärung über seine Unterwerfung ab. Er habe sich unterworfen, weil er dem Hirtenantritt der Kirche gegenüberstand, demgegenüber er erfüllt habe, was als Pflicht den Katholiken und Protestanten immer klar war, daß er die Trenne gegen die Kirche niemals außer Acht lassen werde. Durch Zusammenwirken verschiedener Faktoren der theologischen Fakultät, der Bischöfe von Würzburg und Augsburg, des Erzbischofs von München sowie Vertreter seiner früheren Schüler sei nun einmal Klarheit in die Sache gekommen und die Bedeutung des Altes in ein unabweisbares Licht gestellt worden. Nur im Namen und im Interesse der Wahrheit habe er dem Hirtenantritt gegenüber dem Akt der Unterwerfung vorgezogen, und zwar im Sinne erster Bedeutung, in dem Sinne, daß Wahrheit und Richtigkeit verbunden ist. Von schweren Bedrückungen sei er zwar noch in seiner Weise frei, aber schließlich ist es doch die Hoffnung, die immer ihre Kraft ausbreite. Seine Pflicht als katholischer Christ, Theologe und Lehrer habe er erfüllt. — Das klingt sehr rührend und viel tröstlicher als das, was Schell zuerst auf die Neuregelung seiner Schriften erwiderte. Die „Würzburger Neuesten Nachrichten“ schreiben in der Sache sehr treffend:

„Der Professor Schell einen Wortlaut daraus zu machen, daß er nicht die unbefangene Haltung eines Dilettanten behauptet, wäre Thorheit. Niemand kann dafür, daß er weber stark, noch ein Held ist, verantwortlich gemacht werden. Dr. Schell für die bittere Erkenntnis, daß die im Katholizismus herrschende jeitliche Richtung nicht jener Katholizismus ist, in dem er das Prinzip des Fortschritts zu erkennen und anzuwenden unterwies, in dem demütigenden Bewußtsein des Chores der kirchlichen Heile eine gewisse Entschädigung finden wird, was seinem eigenen Empfinden überlassen werden. Für die Wissenschaft aber, und das ist der Punkt, der nicht allein ihn, sondern der weite Kreis der, die die Wissenschaft ist ein beständiger Gelehrter, der sich die Ergebnisse seiner Forschungen im öffentlichen Beistand veröffentlichen läßt, daß er noch in den Zirkeln der Wissenschaft nicht als ein geistiger Arbeiter, in die ein Unter und ein Dilettant vorübergehend einen aufsehenden Blick auf die Wissenschaften legen, einen Blick finden, aber nicht mehr in den leuchtenden Hallen deutscher Wissenschaft.“

Wandlungsgeschichten.

Die alexandrin. Fremdenliste stellt sich immer bestimmter als ein ungemein freies Schwindel dar. Zur näheren Bestimmung dieser Thatsache ist eine Zuschrift von Interesse, die ein deutscher Gelehrter, Professor Dr. Schweinert, der zur Zeit in Ägypten weilte, dem „Ägypt. Cour.“ zugehen läßt und in der es heißt:

Der italienische Konsulargeschäftsführer in Alexandria hat in dem gegen die verbotenen Anzeichen einleitenden Verfahren auch eine auf „simulation de crime“ lautende Anzeige gegen einen dieser in Ägypten anwesenden Italiener erhoben. Fälle ähnlicher Art (Vorspiegelung eines Verbrechens) sind in Ägypten nichts Ungewöhnliches, und während der Regierung von Ismail Pascha sind mehrere zu verzeichnen gewesen. Mehrere Ägypter werden sich noch einer Tragödie erwehren, die sich vor Jahren abspielte und deren Held ein österreichischer Theaterdirektor war. Dieser hatte der damaligen Regierung vorübergehend großen Schreck eingebracht, indem er vorgab, in seinem Theater eine zur Verwirklichung des Staatsoberhauptes angelegte und dort in einem Versteck überlegene Giftmaschine aufgefunden zu haben. Er erwiderte sich als eine zur Zeit auf seine Hände verbannte kleine Komödie, wie sie damals durch den fortwährenden Wechsel von Pascha in Ägypten Eingang gefunden hatten. Es entstand jedoch der Verdacht, daß der Theaterdirektor durch Vorspiegelung einer gegen das Leben des kaiserlichen kaiserlichen Verwirklichung, an deren Spitze Ismail Pascha, damals der vermeintliche Thronbesteiger, stehen sollte, für sich selbst den Lohn eines Lebensretters dabei herausfalschen wollte. Der Gang der Unternehmung bestätigte diesen Verdacht sehr bald, und der Ägypter erhielt eine angemessene Strafe. In der Kommission, die zur Unternehmung der Angelegenheit vom Kadi eingeleitet wurde, gehörte auch Herr Franz Pascha, der die Fremdenliste hielt, als folgendes mitzuteilen: „Ich war Mitglied der damals eingeleiteten Untersuchungskommission. Um zu urteilen, ob die sehr unbedeutende angebliche „Giftmaschine“ bei der Entladung irgendwelchen Schaden anrichten könnte, ließ ich in der Abfassung einen Krieger nach dem Muster des Theaters benehmen, die Maschine unter den Brettern der einen Loge legen, wo sie sich auch in dem Theater befinden hatte, und nachdem die von der Kasse her die Schloßkammer in Brand stieg.“ Das ganze Ungeheuer, das sich bei der Explosion ereignete, bestand darin, daß — ein Stück in der Loge umfiel. Sonst passierte nichts. Von Anzeichen von

DEC

DFG



Wie allgemein anerkannt, repräsentirt die weltberühmte Marke

„Adler“

das Vornehmste und Vollkommenste in

Fahrrädern.

Wer eine wirklich **erstklassige** Maschine fahren will, benutze unsere Fabrikate. Wir bringen, um allen Anforderungen entsprechen zu können, Räder in den verschiedensten Preislagen.

Circa 7500 Preise und Meisterschaften,

auch die **letztjährige Weltmeisterschaft zu Wien** zählt hierzu, sind auf unseren Maschinen errungen.

Transporträder in grosser Auswahl und bester Ausführung.

Kataloge stehen auf Wunsch **gratis** zur Verfügung.

Adler-Fahrradwerke, vorm. Heinrich Kleyer, Filiale Halle a.S.,

Martinstrasse 11, an der Leipziger Strasse.

Telephonanschluss Nr. 616.

Fahrunterricht für Käufer gratis.

Für Roman-Schriftsteller! Preis-Ausschreiben!

Eine alte, angesehene Verlags-Buchhandlung beabsichtigt, neben ihren anderen literarischen Unternehmungen die Herausgabe einer volkstümlichen illustrierten Wochenschrift, die ihre Verbreitung hauptsächlich in den deutschen Bürgerfamilien finden soll.

Zur Erlangung eines **abgegrenzten, großen und volkstümlichen Gesellschafts-Romans**, der vor allem geeignet sein muß, sich sofort die Gunst eines weiten Leserkreises zu erwerben, legt die Firma einen **Preis von**

tausend Mark

aus und behält sich außerdem vor, nicht preisgekrönte Arbeiten zum Zwecke der Veröffentlichung anzukaufen. Endtermin für Einlieferung der Manuskripte ist der 15. Mai d. J. Rücksendung der nicht benutzbaren Manuskripte wird auf alle Fälle zugesichert. Sendungen bew. Aufschriften bitten zu richten unter D. A. 387 an Rudolf Woffe, Berlin SW.

Schlesischen Gebirgs-Hafer

zur Saat, sehr ertragsreich, offerirt 1.4 per 50 Kilo über bühne Breslauer Markt an Verwertungsbüro
Dominik Nieder-Langenöls, Kreis Lauban, Schlesien.

Wildhagen'sche Frauen-Industrie- und Fortbildungsschule

nebst Seminar für Handarbeitslehrerinnen.

Der Unterricht beginnt am **6. April** und umfasst die Fächer: Hand- u. Maschinenarbeiten, Waschen u. Kindereinführung, Putzmaschinen, Buchführung, Deutsch, Litteratur und fremde Sprachen, Zeichnen nach der Natur und Entwerfen von Mustern für Stickereizwecke, Kunststickerei in allen Techniken, Klöppeln, Knüpfen, Gobelinwirkerei, Hochbuntstickerei, Tüchtereipensanten. Pensionärpreis jährlich 500 Mark.

Halle, Heinrichstrasse 1. Frau E. Gehrtz-Wildhagen.



Die ächten
Carl Koch'schen
Pfannkuchen
und
Storöffelkringel
mit Vanilleaus und den feinsten
Rührmehl geformadoveller
Corten
u. Kuchenanschnitte
empfehlen
Carl Koch,
Derrenstrasse Nr. 1.
Fernsprecher 531.
Sonntags früh frischen
Speckkuchen.

Für den Anzeigenbeil verantwortlich: B. König in Halle

Elektrotherapeutisches Sanatorium

von Dr. med. Dahms, Blankenburg-Harz.

Sicherer dauernder Erfolg bei allen Nerven- und inneren sowie auch vielen chirurgischen Leiden durch individuelle auf neuen medizinischen Prinzipien beruhende elektrische Behandlung.
(Nicht zu verwechseln mit der bisherigen Elektrotherapie!)

Prospekt frei!

Der gerichtliche Ausverkauf

der zur G. G. Jäbvelt'schen Concursmasse gehörigen Waaren- bestände, als:

hochlegante Speises, Kaffees, Biers und Wajds- Service, Glasbowlen, Crystallgläser, Vorrathst- tonnen, Einmachgläser, geschliffene Bier- und Biergläser, Kaffeezassen, Geschlinder, Geschen- kungen zur silbernen Hochzeit, Schnaps-Flaschen und Gläser

wird nur noch kurze Zeit täglich von 9-12 u. 3-6 Uhr fortgesetzt.
Otto Knoche, Conc.-Verwalter.

Zu Bauten empfehlen frischen Portland-Cement in Säcken, in 1/4 u. 1/2 To., feuerfesten Cement, engl. blauen und rothen Dachschiefer, Lebestener Dachschiefer, Dachpappe, Steinkohlentheer, Steinkohlenspech, Asphalt, Goudron, Gyps, Creosot, Kientheer, Carbolleum, Thonröhren und Faconstücke, englische und deutsche Chamottesteine, Chamotteböden zu den billigsten Preisen.
Klinkhardt & Schreiber, Neue Promenade 12, neben der Volksschule. Fernsprecher 203.

Wäsche nähen und Zuschneiden

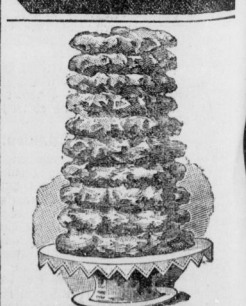
nach atab. Regeln lehrte gründl. f. d. Erwerb u. Selbstbedarf. Arb. t. mit- geb. v. Prof. a. D.
A. Richter, Sars 21, II.

C. S. Carlson,
Gr. Ulrichstraße 51,
Anstalt für schwedische
Geilgymnastik, Orthopädie
nebst

Massagiebehandlung.
Anm.: Damen werden von Dr.
Rycauder aus Gothenburg behandelt

Von
Wein-
und
Spirituosen
Etiketten
halten reichhaltiges Lager
C. A. Kaemmerer & Co.
Hof-Buch-Steindruckerei
HALLE a.S.
Barfusser Str. 14

Markofamos
Jedem
das Seine
FABRIK-MARKE
Doppelt raffiniertes
Deutsches
Haushalt-Rinderfett,
garantirt rein = ohne Salz
und Wasser,
= 100% Fettgehalt =
Bester Ersatz für Butter
und Schmalz.
In allen Koch-, Brat- und
Backzwecken
• • • • •
Invarianter Sandiracum
dringend empfohlen.
In Vergamitrollen
a 1 Pfd. 60 Hfg.
In allen in den
Verkaufsstellen des
Allgemeinen Consumvereins
Halle (Saale).



C. L. Blau.

Butter 10 Pfd. 4.50
Gänsefett weiß, tauglich 1 Pfd.
1.180. Koch, 31 Mitte via Breslau.

Mit 3 Weißlättern und Unterhaltungsbüchlein

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.